

Beschlussvorlage zu einer gemeinsamen Resolution der SPD- und CDU-Ortsbeiratsfraktionen im Einvernehmen mit dem Vertreter der Grünen im Ortsbeirat.

Aufruf an die Mundenheimer Bürgerinnen und Bürger:

Mundenheim sagt „ja“ zur Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten

Der Ortsbeirat Mundenheim sagt „ja“ zur Aufnahme von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Asylberechtigten im Ortsbezirk. Wir bekennen uns gemeinsam zu unserer moralischen und menschlichen Verpflichtung, denjenigen, die auf der Flucht vor Krieg, Terror, religiöser und politischer Verfolgung zu uns kommen, Schutz, Obdach, Nahrung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu geben. Diese Verpflichtung erwächst zum einen aus unserem Einsatz für die Demokratie und die Wahrung von Freiheit und Menschenrechten, zum anderen aus den leidvollen Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte zwischen 1933 und 1945.

Wir sind der Überzeugung, dass wir die Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern leisten können, ohne diese über Gebühr zu belasten. Der Ortsbeirat und die Ortsvorsteherin bitten deshalb die Bürgerinnen und Bürger Mundenheims, Solidarität mit Flüchtlingen, verfolgten Asylbewerbern und Asylberechtigten zu zeigen, sie zu unterstützen und Ihnen die Chance zu gewähren, ein Teil unserer Ortsgemeinschaft zu werden.

Der Ortsbeirat sucht ausdrücklich den Dialog mit Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen, Kirchen, Vereinen und Initiativen aus der Bürgerschaft und bittet um Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen und Verfolgten. Wir bitten um die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger beim Empfang und der Betreuung in Mundenheim. Jeder kann etwas dazu beitragen, gemeinsam werden wir diese Herausforderung bewältigen.

Der Ortsbeirat bittet daher darum, aktiv und so früh wie möglich mit Sprachkursen und Integrationsangeboten auf die Flüchtlinge zuzugehen. Wir wollen eine intensive Betreuung der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Asylberechtigten von Anfang an mit dem Ziel, dass möglichst viele von ihnen schon bald in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt in Deutschland aus eigener Kraft zu bestreiten und ein Teil unserer Ortsgemeinschaft zu werden.

Der Ortsbeirat begrüßt und bedankt sich ausdrücklich für das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement, das in diesen Fragen in Mundenheim jetzt schon vorhanden ist, zum Beispiel beim Café Asyl. Wir wollen uns weiterhin gemeinsam für eine Kultur der Offenheit, des Willkommens und der Empathie im Umgang mit Flüchtlingen und Verfolgten einsetzen.

Der Ortsbeirat bittet die Mundenheimer Landtagsabgeordnete und Ortsvorsteherin Anke Simon, sich in Mainz für eine auskömmliche Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung- und Betreuung einzusetzen. Dazu gehört z.B. die Finanzierung der Unterkunfts- und Krankheitskosten, die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die soziale Betreuung, Sprachkursen und Integrationsangeboten sowie besondere Unterstützung von Schulen und Kindertagesstätten, in denen Flüchtlingskinder unterrichtet, bzw. betreut werden.

Diesen Apell richten wir auch an die Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin im Auswärtigen Amt Prof. Dr. Maria Böhmer, die Bundestagsabgeordnete Doris Barnett, die Ludwigshafener Landtagsabgeordneten Dr. Bernhard Braun, Heike Scharfenberger, und Marion Schneid, die Oberbürgermeisterin und Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages Dr. Eva Lohse sowie den Bürgermeister und Sozialdezernenten Wolfgang Van Vliet.

Begründung: Mit dieser Resolution wollen wir für Mitmenschlichkeit und Solidarität sowie ein friedliches Zusammenleben werben. Wir wollen ein deutliches Zeichen für Toleranz und Hilfsbereitschaft setzen.

Holger Scharff
SPD Ortsbeiratsfraktion

Dr. Wilhelma Metzler
CDU Ortsbeiratsfraktion

Alexander Gajen
Bündnis 90 / Die Grünen